

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

13.6.1913 (No. 158)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 158

Freitag, den 13. Juni 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
amtlich Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 27. Mai 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem vortragenden Rat der Opera di Assistenza agli operai italiani emigranti, Grafen Dr. Stefano Jacini in Mailand das Ritterkreuz 1. Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 2. Juni 1913 gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Herzoglich Anhaltischen Hofbedienten die folgenden Auszeichnungen zu verleihen:

die kleine goldene Verdienstmedaille:

dem Mundfuch a. D. und stellvertretenden Haushofmeister Karl Wittger,
dem Fahrmeister Friedrich Marx und
dem Hofgärtner Konrad Herre;

die silberne Verdienstmedaille:

dem Hoflakaien Friedrich Schmidt,
dem Hausdiener Leopold Guth und
dem Hofkutscher Maximilian Münzer.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem städtischen Gartendirektor Friedrich Nies in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich bayerischen Verdienstordens vom heiligen Michael vierter Klasse mit der Krone zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. Mai 1913 gnädigst geruht, den Rechnungsrat August Conrad bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. Mai 1913 gnädigst geruht, den Oberstabskontrollleur Julius Englert in Kilstatt auf sein untertänigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Verstorben sind nachstehende zuzuhegekehrte Beamte:

am 6. Mai d. J.: Bender, Emil, Buchhalter in Freiburg;
am 13. Mai d. J.: Achert, Emil, Domänenrat in Freiburg;
am 24. Mai d. J.: v. Litschgi, Emil, Notar in Freiburg;
am 30. Mai d. J.: Fuchs, Karl August, Revisor in R. Müppurr.

Die Auspielung der Stadtgemeinde Kilstatt 1913 betr.

Der Stadtgemeinde Kilstatt wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Auspielung von Fohlen und Gebrauchsgegenständen, bei der 120 Sach-Gewinne im Gesamtwert von 6300 M. ausgespielt und 10 000 Lose, das Stück zu 1 M., ausgegeben werden, erteilt.

Karlsruhe, den 5. Juni 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glo dner.

Jung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 12. Juni.

Die Beratung der Wehrvorlagen im Reichstag.

* Berlin, 11. Juni. Der Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 18 Minuten. Die zweite Beratung der Wehrvorlage wird fortgesetzt.
Nach der bereits gemeldeten Erklärung des Abg. Erzberger (Ztr.), bemerkt Abg. Semler (Nat.), daß seine Partei bereit sei, „jeden Mann, jeden Groschen, ja jedes Pferd zu bewilligen“. Für sie sei es wichtig, daß die Wehrvorlage bis zum 1. Juli beschlossen ist, damit sie am 1. Oktober in Kraft treten kann. Das Zurückweichen und der Einjährigendienst müsse reformiert werden, auch die Militärjustiz muß geändert werden.

Abg. Hans Eder Herr zu Puttk. (Konf.) führt aus, bei der jetzigen Heeresvorlage habe man sich nicht verhehlen können, daß sich die politischen Verhältnisse im Laufe des letzten Jahres außerordentlich verschärft haben. Auch habe man nicht die Rüstungen der Nachbarstaaten vorausgesehen. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands werde mit den 130 000 Wehrmännern, die jährlich mehr eingestellt werden sollen, noch nicht erschöpft werden.

Abg. Müller-Meinungen (Fortschr.) bemerkt, wenn jetzt von der Wehr anerkannt werde, das deutsche Volk könne stolz sein auf sein Parlament, so sei das eine erfreuliche Besserung. Redner begrüßt mit Freude, daß der Antrag seiner Partei, der eine Änderung unseres ganzen körperlichen Erziehungssystems verlange, mit großer Mehrheit angenommen worden sei. Durch Sport und Spiel wird die Wehrfähigkeit erheblich gehoben. Hierauf spricht

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg:

Meine Herren! Der Herr Vordrucker hat soeben mit einem Wort geschlossen, in dem er auseinanderlegt, was jetzt meine hohe Verpflichtung wäre. Wir sprechen von der Armee. Meine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zu Kaiser und Reich, in der festen Disziplin und in einer unerschütterlichen Organisation, die durch nichts Fremdes durchbrochen wird, aufrechterhalten werde. Das ist die Pflicht, die ich der Armee und dem Volke gegenüber habe. Meine Herren, in Ihrer Kommission hat sich eine entschiedene Mehrheit für die Wehrvorlage ausgesprochen, in einzelnen Positionen ist Meinungsverschiedenheit geblieben, darüber wird im weiteren Verlauf der Debatte zu sprechen sein, insbesondere über die Anzahl der Kavallerieregimenter, welche aufzustellen sind. Ich überlasse zunächst die weiteren Ausführungen darüber meinem Nachbarn, dem Herrn Kriegsminister, der genau darüber sprechen wird. Aber ich will für meine Person schon jetzt betonen, daß die Forderung, die wir Ihnen in der Vorlage unterbreitet haben, bezüglich der sechs Kavallerieregimenter, eine Forderung ist, die wir zur Sicherung des gesamten Heeresgefüges und zur besonderen Sicherung der Grenzprovinzen, welche im Ernstfall am ersten bedroht sein würden, aufrechterhalten müssen. Ich richte die nachdrücklichste Bitte an dieses hohe Haus, daß Sie in dieser Beziehung den Beschluß der Kommission revidieren mögen. Meine Herren, ich würde die Tatsache, daß die Wehrvorlage im ganzen in der Kommission eine so ausgesprochene Mehrheit gefunden hat, abichwächen, wenn ich heute auf die Gründe zurückkommen wollte, welche zu dieser Vorlage geführt haben und deren Stichhaltigkeit von der Mehrheit der Kommission anerkannt worden ist. Ich nehme das Wort, nachdem von einigen Herren der Zusammenhang zwischen Wehr- und Deckungsvorlagen besprochen und eine Auskunft darüber erbeten worden ist, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. Der Standpunkt der verbundenen Regierungen ergibt sich klar und deutlich aus der Lage der gesamten Dinge. Wie ist die Situation? Es ist ein unbedingtes Erfordernis, daß die Heeresverfälschung unverzüglich ins Werk gesetzt wird, das ist das oberste Gesetz, nach dem ich meine Sichtung regeln muß, bis in alle Konsequenzen hinein und regeln werde. (Lebhafte Beifall und große Bewegung.) Daneben steht die Forderung, daß die Finanzen weber des Reiches noch der Bundesstaaten erschüttert werden. Auch das ist ein zwingender Bestandteil der Bereitschaft der Nation. Die verbundenen Regierungen sind dieser Forderung voll und ganz nachgekommen. Wir haben Ihnen volle Deckung vorgeschlagen. Daß ebenso wie in der Kommission auch in diesem hohen Hause eine ausgesprochene Mehrheit für die Wehrvorlage vorhanden ist, daran zweifle ich nicht, und daß sie deshalb angenommen wird, darauf vertraue ich zuversichtlich. Das gleiche gilt bezüglich der außergewöhnlichen Maßregeln, die wir Ihnen zur Deckung der außergewöhnlich hohen einmaligen Kosten vorgeschlagen haben bezüglich des Wehrbeitrages. Auf die Einzelheiten, wie sich dieser Wehrbeitrag bisher in der Kommission gestaltet hat, gehe ich jetzt nicht ein, wir stehen noch vor der zweiten Kommissionslesung. Einigung ist bisher in allen Punkten noch nicht gefunden über die Deckung der laufenden Kosten. Was folgt aus dieser Situation? Sie, die Sie die Wehrvorlage bewilligen wollen, wollen sie nicht auf dem Papier bewilligen, Sie wollen sie bezahlen. Und deshalb meine Herren, ist es unsere Pflicht, eine Einigung zu suchen über die Frage der Deckung der laufenden Kosten, soweit Einigung noch nicht erzielt worden ist. Den Weg zu dieser Einigung haben wir Ihnen in unseren Vorlagen gewiesen, und ich bin fest überzeugt, Einigung wird gefunden werden, weil sie gefunden werden muß. Meine Herren, ein Volk, das in der Mehrheit seiner parlamentarischen Vertretung zu der Gewissheit gekommen ist, daß seine Wehrmacht gestärkt werden muß, weil es die Sicherheit und der Schutz des Vaterlandes verlangen, hat ein Recht, darauf, daß ihm dieser

Schutz auch wirklich gewährt wird. Auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, gibt es kein Zurück. Meine Herren, wir können nicht zurück, keiner von uns, nicht Sie und nicht wir. Wir im Bundesrat, wir können nicht das Volk um den Schutz betrügen, von dem wir überzeugt sind, daß er ihm tut. Das wäre eine Verfündigung am Vaterland; deshalb werde ich mich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Wehrvorlage zu dem Zeitpunkt ins Werk gesetzt wird, den die Vorlage vorsieht, und ich werde mit dem gleichen Nachdruck mit Ihnen arbeiten und, wenn es nötig ist, auch kämpfen, daß die Mittel bereitgestellt werden, die dazu gehören. Wenn ich nicht fest entschlossen wäre, hätte ich die Vorlage überhaupt nicht eingebracht. Und ich meine, Sie, die Sie in der Kommission für die Wehrvorlage gestimmt haben, müssen derselben Ansicht sein. Deshalb, meine Herren, lassen Sie uns jetzt handeln und ein Werk zum Abschluß bringen, für dessen Scheitern kein Mensch die Verantwortung tragen könnte.

Abg. v. Liebert (Reichsp.): erklärt, die Kavallerie sei für den Kriegsfall von höchster Bedeutung und stimme der Heeresvorlage zu.

Abg. Golschorn (Welfe) stimmt der Vorlage ebenfalls zu.
Abg. Wassermann (Nat.) erklärt es für unbedingt nötig, daß die Deckungsvorlage im Laufe des Sommers erledigt werde, und hofft, daß der Reichstag zu einer Einigung kommt und zwar auf dem Boden einer Reichsbeitragssteuer, damit nicht auf die Matrikularbeiträge zurückgegriffen werden muß. Redner beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 7/7 Uhr.

* Zu der Erklärung des Reichskanzlers in der gestrigen Reichstagsitzung sagt die „Kreuzzeitung“: Aus der ganzen Rede geht deutlich der feste Entschluß hervor, auf einer rechtzeitigen Erledigung des ganzen Werkes zu bestehen und zur Durchsetzung dieser Forderung alle, auch die letzten Konsequenzen zu ziehen. Seine Erklärung läßt gar keinen Zweifel darüber, daß er auch einer Verweigerung der Mittel gegenüber genau die gleichen Konsequenzen zu ziehen bereit ist, wie bei einer Ablehnung der Heeresvorlage selbst. Die „Völkische Zeitung“ schreibt zu derselben Sache: „Der Reichskanzler hat fest betont, daß die Heeresverfälschung unverzüglich ins Werk gesetzt werden muß, das heißt klar und bindig: Wenn die Konservativen oder das Zentrum die Heeresvorlage zu Fall bringen, weil die Deckungsfrage noch nicht gelöst sei, wird der Reichstag aufgelöst. Daß er die Heeresvorlage erst verabschieden wird, ehe eine Einigung über die Deckungsfrage erfolgt ist, hat er nicht erklärt, das bedeutet, er hat sich das Dogma von der Gleichzeitigkeit nicht angeeignet.“

* Berlin, 12. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: Ungefähr zu derselben Stunde als der Reichskanzler gestern die Parteien ermahnte, möglichst bald zu einer Verständigung über die Deckung zu gelangen, lag der zwischen den Fraktionsführern des Zentrums, der Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei ausgearbeitete Kompromißvorschlag so gut wie fertig vor. Er umfaßt sämtliche Steuerentwürfe einschließlich des Wehrbeitrages. Die Grundlage für die Verständigung bildet die Erledigung der Besitzsteuerfrage. Man findet sich im großen und ganzen bei der Regierungsvorlage über die Vermögenszuwachssteuer zusammen. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die Erbschaftsteuer, bei der allerdings das Gattenerbe frei bleiben soll, dagegen das Kindererbe besteuert wird. Die Beschlüsse der Parteiführer sind bisher unerbittlicher Natur. Überraschungen sind letzten Endes auch nicht ausgeschlossen.

* Berlin, 11. Juni. Der Seniorenkongress des Reichstages beriet heute vor Beginn des Plenums die Geschäftslage und einigte sich dahin: Die Debatte über die Wehrvorlagen wird in dieser Woche voraussichtlich nicht zu Ende geführt. Sollte dies aber doch der Fall sein, dann tritt das Plenum am Montag und Dienstag nächster Woche nicht zusammen. Wird die Debatte in dieser Woche nicht beendet, dann geht die Beratung schon am Dienstag weiter. Eine weitere Vertagung des Plenums ist nicht in Aussicht genommen, weil die Anwesenheit der Fraktionen auch während der wichtigen Kommissionsberatung über die Deckungsvorlagen als notwendig erachtet wird.

Wehrbeitrag.

Die Beschlüsse der Reichstagskommission bezüglich des einmaligen Wehrbeitrages zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben für die Heeresverfälschung werden, wie die „Neue politische Korrespondenz“ mitteilt, im Bundesrat keinen Schwierigkeiten begegnen, wenn auch die Kommission mehrfach Änderungen vorgenommen hat, die nicht ohne Bedenken für die Regierung sind. Immerhin wird es der Bundesrat an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, um ein baldiges Zustandekommen des Wehrbeitragsgesetzes zu ermöglichen. Was nun die Verwendung des über den Betrag von 990 Mill. Mark, auf diese Summe ist der für Heereszwecke bereitzustellende Wehrbeitrag von der Kommission begrenzt worden, hinausgehenden Ertrages anlangt, so ist die Kommission einem Antrag des Zentrums gemäß, zu dem Entschluß gelangt, den Überschuß zur Schuldentilgung zu verwenden. Dieser Beschluß ist nicht unbedenklich, weil er ent-

Mit einer Beilage: Öffentliche Gewinnliste der 1. Ziehung der 8. Badischen Note Kreuz-Lotterie.

gegen dem von der Regierung streng festgehaltenen Grundsatz, den einmaligen Wehrbeitrag ausschließlich für die durch Gesetz festgelegten Heereszwecke zu verwenden, widerspricht. Die Schuldentilgung ist eine Aufgabe der Finanzwirtschaft des Reiches und deshalb werden mit Recht die Schulden aus der verfassungsmäßigen Finanzgebarung des Reiches auf dem Etat gebrachten Einnahmen abgeburdet. Der Wehrbeitrag ist eine außerordentliche und nur für einen ganz bestimmten Zweck vom Vermögensbesitz in Anspruch genommene einmalige Leistung, die mit anderen finanziellen Anforderungen des Reiches in keinerlei Verbindung gebracht werden sollte. Diefem Gesichtspunkte trägt der leider abgelehnte Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei, den Überschuss des Wehrbeitrages zur Ermäßigung der letzten Rate des Wehrbeitrages zu verwenden, Rechnung. Dadurch würde die Verwendung des Wehrbeitrages ausschließlich für die vorgezeichneten Heereszwecke in wünschenswerter Weise sichergestellt. Die Annahme des Zentrumsantrags verschiebt die Basis für den Wehrbeitrag durch die Erweiterung des Verwendungszweckes. Die Mehrheit der Kommission, die nach dieser Richtung hin votierte, wird sich der Ermäßigung nicht verschließen können, daß sie mit ihrem Beschluß doch auch die Verantwortung für eine Abänderung des von der Regierung vorgeschlagenen Grundsatzes übernimmt. Es handelt sich hierbei um keine ganz gleichgültige staatsrechtliche Frage.

Vertagung des Reichstags.

Der Reichstag wird, wie die „Neue Politische Correspondenz“ schreibt, voraussichtlich etwa am 10. Juli vertagt werden, da über diesen Zeitpunkt hinaus ein beschlußfähiges Haus kaum zusammen zu halten ist. Bis dahin müssen Heeresvorlage und Wehrbeitrag endgültig verabschiedet und über die Deckung der laufenden Ausgaben doch mindestens grundsätzliche Abmachungen zwischen Regierung und Reichstag getroffen sein. Ein baldiges Zustandekommen der Heeres- und aller Deckungsvorlagen liegt im nationalen und wirtschaftlichen Interesse, und die Sachlage ist ja auch so weit gediehen, daß nunmehr alle Fragen zur Entscheidung reif sind. Sollte es nur zu grundsätzlichen gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich der Beschaffung der laufenden Deckungsmittel kommen, dann würde der Reichstag spätestens in der zweiten Hälfte des Oktober wieder zusammentreten müssen, um die noch zurückgestellten Aufgaben zu erledigen. Für unser Wirtschaftsleben ist es von der größten Bedeutung, daß bald über die Deckungsfrage Klarheit und Sicherheit geschaffen wird.

Erbrecht des Reiches.

Die Vorlage betreffend das Erbrecht des Reiches wird in der öffentlichen Erörterung ebenso wie in den Beratungen in der Reichstagskommission in ihrer Bedeutung überschätzt. Ihre Einbringung erschien schon deshalb aus politischen Gründen geboten, weil im andern Falle zweifellos die begeisterten Anhänger des Reichserbgesetzes mit ihren übertriebenen Forderungen auf den finanziellen Ertrag behauptet haben würden, alle Aufwendungen für die notwendige Heeresvermehrung könnten leicht aus den aufkommenden Summen der dem Reiche zuzuwendenden Erbaufälle bestritten werden. Die nüchternen, auf gründlichen Berechnungen beruhende Schätzungen der Erträge hat zu der Annahme geführt, daß das voraussichtliche Ergebnis für die Reichskasse kein bedeutendes sein wird. Im Anfangsstadium sind 5, im Beharrungsstadium 15 Millionen anzusprechen. Die Undurchsichtigkeit der Materie in finanzieller Hinsicht macht vorläufig jede sichtbare Abwertung unmöglich. Für die Regierung wird deshalb, so schreibt die „Neue politische Correspondenz“, die Erbrechtsvorlage kein so wichtiger Bestandteil des Deckungsprogramms sein, sofern der Reichstag anderweitig die aus dieser Vorlage abgeflachten laufenden Einnahmen bereitstellt.

Zum Regierungsjubiläum des Kaisers.

Fürstliche Gäste der Jubiläumssfeier.

Wie die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, werden zu den Jubiläumssfestlichkeiten folgende Fürstlichkeiten und Senatspräsidenten der Freien Städte in Berlin eintreffen:

am 12. Juni, abends im Neuen Palais: Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, Prinz Waldemar von Preußen, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen;

am 14. Juni, abends, im Neuen Palais: Prinz und Prinzessin Ernst August Herzog und Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg;

am 14. Juni, abends, in Berlin: Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe;

am 15. Juni, nachmittags, in Berlin: Herzog und Herzogin zu Schleswig-Holstein, der Fürst von Hohenzollern;

am 16. Juni, abends, bzw. 17. Juni, früh, in Berlin: Prinz-Regent Ludwig von Bayern, der König von Sachsen, der König von Württemberg, der Großherzog von Baden, der Großherzog von Hessen und bei Rhein, der Großherzog von Sachsen, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Großherzog von Oldenburg, der Herzog von Sachsen-Altenburg, der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, der Herzog von Anhalt, der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, der Fürst zu Waldeck und Pyrmont, der Fürst Reuß j. L., Regent des Fürstentums Reuß ä. L., der Fürst zu Schaumburg-Lippe;

ferner: der Bürgermeister Dr. Barkhausen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, der Bürgermeister Dr. Schröder, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und der Bürgermeister Dr. Eichburg, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Lübeck.

Das Ehrengeschenk der Armee.

Durch den Generalfeldmarschall Grafen von Gaele wird dem Kaiser ein Ehrengeschenk der Armee in Gestalt eines Feldmarschallstabes überreicht werden. Das Ehrengeschenk ist eine Gabe sämtlicher aktiver und à la suite stehender Offiziere sowie der in etatsmäßigen Offizierstellen befindlichen Offiziere z. D., der Zeug-, Feuerwerks-, Festungsbau-, Sanitäts- und Veterinär-Offiziere, der oberen Beamten des Deutschen Heeres und der Schutztruppen und der Gendarmen-Offiziere und Offiziere der Invalidenhäuser. Auf dem Feldmarschallstab befindet sich die Inschrift: „Dem Deutschen Kaiser! Das Deutsche Heer. 1888-1913.“

Hamburg, 11. Juni. Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers hat die Hamburg-Amerika-Linie 10 in ihren Betrieben und auf ihren Schiffen beschäftigten Veteranen eine Ehrenrotation bewilligt. Sie hat ferner eine Summe von 250 000 Mark gestiftet, deren Zinsen ausschließlich Witwen und Waisen von Schiffsoffizieren, Maschinenisten und Ingenieuren ihrer Linie zugute kommen sollen. Die Stiftung erhält den Namen Kaiser Wilhelm II. Jubiläumstiftung. Sie hat weiter den notwendigen Jahresbeitrag zugesichert, um die Versicherung der Hinterbliebenen, ihrer Arbeiter und Seeleute einzuführen.

Wien, 11. Juni. Bürgermeister Weisbach er schien heute vormittag mit dem Präsidium des Gemeinderats bei dem deutschen Botschafter in Audienz, um die Glückwünsche der Stadt Wien auszusprechen. Er hat den Botschafter, die ehrerbietigsten, herzlichsten und innigsten Glück- und Segenswünsche der Gemeinde Wien anlässlich des glorreichen Regierungsjubiläums des erhabenen Monarchen an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen. Der Gemeinderat gedenke in tiefer Dankbarkeit des unergelichen Tages, an welchem Kaiser Wilhelm II. im Festsaal des Wiener Bürgerhauses zu den Wienern sprach, er gedenke des ein Vierteljahrhundert dauernden Bündnisses der beiden Staaten und des innigen Freundschaftsverhältnisses beider Monarchen. Der Bürgermeister schloß: Gott schütze und schirme den erlauchten Verbündeten unseres Kaisers, den deutschen Kaiser Wilhelm! Der Botschafter dankte und versprach, die Glückwünsche dem Kaiser zu unterbreiten. Er fügte hinzu, daß Kaiser Wilhelm wiederholt ihm gegenüber seiner Freude über den Besuch im Wiener Rathaus Ausdruck gegeben habe, und daß unter den vielen Gratulationen, welche in diesen Tagen im Berliner Königsschloß eintreffen, die herzlichsten Glückwünsche der Stadt Wien zu den angenehmsten zählen. Sodann sprach der Botschafter mit sämtlichen Herren der Deputation und besprach u. a. den Besuch des Grafen Zeppelin.

Die neue Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Der Kaiser von Rußland hat an die Könige von Bulgarien und von Serbien am 8. d. M. Telegramme gerichtet, in denen er unter anderem seinem persönlichen Empfinden darüber Ausdruck gibt, daß die geplante Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der vier Balkanstaaten nicht zur Ausführung gekommen sei und daß die Balkanvölker sich anscheinend auf einen Bruderkrieg vorbereiten, der geeignet sei, den Ruhm, den sie sich gemeinsam erworben hätten, zu trüben. Das Telegramm schließt: „Da ich das Schiedsrichteramt nicht als mein Vorrecht, sondern als meine ernste Pflicht betrachte, der ich mich nicht entziehen kann, so glaube ich, Euer Majestät mitteilen zu müssen, daß ein Krieg mit dem Verbündeten mich nicht teilnahmlos lassen könnte. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Staat, der diesen Krieg beginnen würde, der slawischen Sache gegenüber verantwortlich wäre, und ich behalte mir jede Freiheit für die Haltung vor, die Rußland gegenüber dem Ausgang eines so verdröckerischen Kampfes einnehmen würde.“

Politische Übersicht.

Das neue Spionagegesetz und die deutschen Zeitungsverleger.

Auf der am Mittwoch in Bremen abgehaltenen, überaus zahlreich besuchten Tagung des Vereins der deutschen Zeitungsverleger, wurde nach einem Referat von Dr. A. Knittel-Karlsruhe mit Bezug auf den militärischen Nachrichtendienst der Presse und den Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Verein der deutschen Zeitungsverleger erhebt lebhaften Widerspruch gegen den § 9 des Entwurfes eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse und gegen jede gesetzliche Bestimmung oder behördliche Maßnahme, die eine Ausschaltung der Armee und Marine betreffenden Nachrichten und Artikel aus den Zeitungen herbeizuführen geeignet ist. Er erkennt es als eine selbstverständliche, übrigens schon in hohem Maße geübte vaterländische Pflicht der Presse an, bei der Wiedergabe von Meldungen, die die Landesverteidigung betreffen, die größte Sorgfalt walten zu lassen. Die Erreichung dieser Absicht wird nur möglich, wenn die Behörden im Gegensatz zu der bisher geübten Zurückhaltung in Zukunft gegenüber den Aufgaben der Presse im Dienst der Allgemeinheit in dieser Beziehung mehr verständnisvolles Entgegenkommen bekunden und eine Einrichtung schaffen, die den Verkehr zwischen den Militärbehörden und Zeitungen in zweckmäßiger und würdiger Weise regelt.

Zum Besuch der argentinischen Sondermission. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die argentinische Sondermission hat nach glänzender Erfüllung ihrer Aufgabe die Weiterreise angetreten. Die Mission nimmt die Überzeugung mit sich, daß ihr Besuch in Deutschland sehr willkommen war. Der Sonderbotschafter bekundete dies in einem außerordentlich herzlichen Telegramme an den Kaiser. Der bedeutende argentinische Staatsmann darf gewiß sein, daß die in dem Telegramm ausgesprochenen freundschaftlichen Gefinnungen in Deutschland von Herzen erwidert werden. Die Mission fand am Kaiserhofe die ehrenvollste Aufnahme. Alle amtlichen und gesellschaftlichen Kreise begegneten ihr mit Sympathie und Aufmerksamkeit. Der Sonderbotschafter benutzte seine Anwesenheit in Deutschland, um gründliche Einblicke in das wirtschaftliche Leben Deutschlands zu gewinnen. So dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß dieser Besuch für die Beziehungen der beiden Länder fruchtbar und wertvoll gewesen ist.

Die ständige wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung, die vor zwei Jahren zur Begutachtung wirtschaftlicher Maßnahmen der Kolonialverwaltung ins Leben gerufen wurde, ist von Staatssekretär Solf neu gestaltet und wesentlich erweitert worden, derart, daß möglichst alle Bundesstaaten und möglichst alle für die Kolonien wichtigsten Zweige der Industrie und des Handels vertreten sind. Auch die Heranziehung von Vertretern der Landwirtschaft scheint geboten. Der Kommission gehören u. a. an: Kommerzienrat Bögele-Mannheim, Rechtsanwalt Heinrich Otto-Stuttgart, Direktor Gustav Wielenz-Heilbronn, Dr. Karl Lang-Mannheim, Kommerzienrat Gittenmüller-Ludwigsbafen.

Bei der Reichstagsersammlung im Wahlkreis Waldeck-Pyrmont am Mittwoch wurden abgegeben: für Vietmeyer (Wirtschaftliche Vereinigung) 5648, für Kaumann (Fortschrittliche Volkspartei) 4937 und für Weddig (Sozialdemokrat) 1017 Stimmen. Zerplittert waren 10 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Vietmeyer und Kaumann erforderlich.

Die Kommission zur Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel trat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, am Mittwoch unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück zusammen. Es sollen insgesamt 180 Sachverständige aus West- und Mitteldeutschland, Ostdeutschland, Sachsen und Thüringen gehört werden. Eine Schlussitzung der Kommission wird dann eine Besprechung über den Gesamteindruck ihrer Beratung hinsichtlich des Materials u. die Zusammenstellung der Gutachten umfassen. Der schon bei den früheren Erörterungen zugrunde gelegte Fragebogen beschäftigte sich mit den Stallpreisen, den Preisen und Gebühren auf den Schlachthöfen, im Laden des Fleischer, dem Nachrichtenwesen und der Statistik.

Kein russisches Fleisch mehr für Berlin. Der Beschluß der vom Berliner Magistrat eingesetzten gemischten Kommission zur Beratung der Maßnahmen gegen die Lebensmittelverfälschung über die vorläufige Einstellung des Bezuges von frischem Fleisch aus Rußland hat, wie wir erfahren, folgenden Wortlaut: „Der Verkauf des russischen Fleisches wird bis auf weiteres eingestellt. Die Deputation behält sich vor, wenn die Verhältnisse es erfordern, den Verkauf wieder aufzunehmen. Von Bedeutung für diesen Beschluß war, wie das W. L. B. mitteilt, daß der Antrag des Magistrats an den Landwirtschaftsminister, während der heißen Jahreszeit bis zum 31. August anstelle der Einfuhr frischen Fleisches die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh aus Rußland zu gestatten, nicht genehmigt worden ist. Die Deputation hat beschlossen, dem Minister von der vorläufigen Einstellung der Einfuhr frischen ausländischen Fleisches Mitteilung zu machen, um sich dadurch die Möglichkeit zu sichern, die weitere Offenhaltung der Grenzen für frisches russisches Fleisch beantragen zu können, die zunächst nur bis zum 30. September 1913 erfolgen darf. Der Verkauf des russischen Fleisches wird am 21. Juni eingestellt.“

Zum Oberbürgermeister von Charlottenburg wurde am Mittwoch Oberbürgermeister Schulz aus Kassel gewählt. Das etwaumfängliche Gehalt des neuen Oberbürgermeisters wurde auf 27 000 Mark jährlich festgesetzt.

Der nächste sozialdemokratische Parteitag. Der sozialdemokratische Parteivorstand beschloß, den diesjährigen Parteitag vom 14. September ab in Jena abzuhalten.

Zeitungsstimmen.

Dem Rückgang des „Vorwärts“ widmet die „Germania“ die folgenden Betrachtungen:

Der Rückgang des Vorwärts, der seit den letzten Reichstagswahlen in Berlin allein 15 500 Abonnenten verloren hat laut der offiziellen Berichterstattung in den Wahlkreisversammlungen, ist eine bedeutende Enttäuschung. Man hat sie in den Wahlkreisversammlungen konstatiert und bedauert, aber mit keinem Worte eine Erklärung versucht. Der Vorwärts liebt den stärksten, weitesten, den nebenpeitschenden Ton, der manchmal aus hysterischer grenzt. Das ist dem gesund denkenden Teile der Arbeiterschaft zuwider, und es steht auch im scharfen Gegensatz zu der Schreibweise seines einstigen Chefredakteurs Wilhelm Liebknecht, die wohl tabifal war, aber doch etwas Idealistisches hatte. Der Stil Wilhelm Liebknechts ist der Sozialdemokratie verloren gegangen. Die Wahllosigkeit, die jetzt den „Vorwärts“ kennzeichnet, hat den Nachteil, daß sie sich allmählich um ihre Wirkung bringt, denn über eine bestimmte Grenze hinaus ist eine Steigerung nicht mehr möglich. Seit ein paar Monaten hat der „Vorwärts“ eine Montagsausgabe, die es an Anpassung an die ärgelsten, verwerflichen Zustände der bedauerlichen Schichten gewiss anderen Berliner Montagsblättern gleich tut. Das ist nicht mehr proletarischer Geist und Ton, sondern der, der

Verfallsgruppen der Bourgeoisie. Auf diesem Wege wird der Fortschritt wahrscheinlich noch mehr vertieft. Die Genossen schweigen sich in der Öffentlichkeit über den Rückgang des Fortschritts und dessen Gründe aus, aber es gibt unter ihnen manchen, der über die „erzieherische“ Wirkung des „Fortwärts“ recht ungünstig denkt.

* Ausland.

Wien, 10. Juni. Der Kaiser verließ dem Grafen Zeppelin das Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft. — Heute mittag ließ der Bürgermeister Weiskirchner dem Grafen Zeppelin, ihm zur Erinnerung des Fluges, das von der Stadt Wien gewidmete Ehrenschwert überreichen. Es ist eine Goldfahne, auf deren Dedel das Panorama Wiens mit dem Rathaus, dessen Turm das Zeppelinluftschiff umschwebt, eingraviert ist. Eine goldbelegte Widmung erinnert an den Besuch Zeppelins. Graf Zeppelin war höchlich erfreut und sagte, er sei von der Stadtbekrönung und der Bewilligung Wiens mit so viel Liebe und Ehrungen überschüttet worden, daß er keine Worte fände, seinen herzlichen Dank auszudrücken. — Graf Zeppelin reiste abends um 8.50 Uhr in einem ihm vom Eisenbahnminister zur Verfügung gestellten Salonwagen über München nach Stuttgart ab. — Der Kaiser verließ allen Herren, die den Grafen Zeppelin auf der Luftfahrt begleiteten, Ordensauszeichnungen.

Paris, 11. Juni. Der „Matin“ meldet, daß die französische Regierung gegen die Besetzung der Inseln Duce, Düte und Henderson im Stillen Ozean seitens der Engländer Einspruch erhoben habe. Der Einspruch sei jedoch vergeblich gewesen, da die englische Regierung habe darauf hinweisen können, daß diese Inseln durch eine auf Veranlassung des englischen Königs in Kapete schon vor mehreren Jahren im Amtsblatt der Kolonie Tahiti erschienene Kundmachung als englische Besitzungen anerkannt worden seien.

Christiania, 12. Juni. Das Storting hat gestern einstimmig die Erweiterung des politischen Wahlrechts beschlossen, wonach den Frauen das Wahlrecht in gleichem Umfange verliehen wird wie den Männern.

Springville (Illinois), 12. Juni. Die Frauenstimmrechtsbill, die kürzlich im Senat angenommen worden ist, ist auch vom Repräsentantenhaus des Staates angenommen worden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 12. Juni.

Zu den Landtagswahlen.

* Zu dem Abkommen der Linken bemerkt die national-liberale „Konstanzer Zeitung“ u. a.: „Ganz klar sind diese Bestimmungen nicht. Was heißt das vor allem: Im 2. Wahlgang kann die fortschrittliche oder national-liberale Kandidatur zurückgezogen werden? Angenommen, in einem dieser Bezirke erhält der fortschrittliche oder national-liberale Kandidat die nötige Stimmenzahl, so wird er doch nicht genötigt werden können, in der Stichwahl zurückzutreten? Ferner, wie soll denn nachgewiesen werden können, welcher Kandidat vom Zentrum besonders unterstützt wurde? Wir haben doch geheimes Wahlrecht. Am 22. Juni sind ja die verschiedenen Landesparlamentarier, da wird die Aufklärung schon erfolgen.“

* Die Karlsruher Landesversammlung der kirchlich-liberalen Vereinigung beriet am Mittwoch den Agendepunkt, der bekanntlich die Generalsynode im Jahre 1914 beschließend wird und nahm folgende Resolution einstimmig an:

Wir begrüßen den Entwurf des neuen Kirchenbuchs mit aufrichtiger Freude und stimmen ihm im Wesentlichen zu. Der Entwurf ist offensichtlich aufgebaut auf tiefgehenden geschichtlichen Studien, durchdrungen von warmer evangelischer Frömmigkeit, getragen von liebevoller Treue gegen das Erbgut der Väter und zugleich erfolgreich bestrbt, den Verhältnissen des modernen Lebens und den Wünschen der Gegenwart nach einer herzergreifenden und erhebenden Gestaltung der Gottesdienste gerecht zu werden. Wir erkennen insbesondere die Bemühungen an, der Frömmigkeit moderner evangelischer Christen die Möglichkeit eines Befenntnisses ihres Glaubens zu schaffen, wünschen aber, daß auch bei der Aufstellung des bei der Konfirmation zugeleitete rein biblische Bekenntnis zur Wahl gestellt wird. Von dem neuen Kirchenbuch erwarten wir zureichend eine Förderung und Befruchtung des inneren und äußeren Lebens unserer badischen evangelischen Landeskirche. Da der Entwurf immerhin in manchen Stellen einer Überarbeitung und Ergänzung bedarf, ersuchen wir unsere Freunde, ihre Vorschläge unserer Agendekommission zu übermitteln.

* Badischer Bauernverein. Zu dem Bericht über die Tagung des Badischen Bauernvereins in Offenburg tragen wir ergänzend nach, daß Direktor Meuninger in seinem Jahresbericht u. a. erwähnte, eine sehr wichtige Neuerung sei, daß die Steuerdirektion Karlsruhe kürzlich eine Entscheidung getroffen habe, nach der die Warenvermittlungszentralen der landwirtschaftlichen Organisationen nicht mehr steuerfrei sind. Begründet werde diese Entscheidung damit, daß die Abnehmer der Waren selbst keine Landwirtschaft trieben und die durch die Ortsvereine beziehenden Landwirte nicht Mitglieder der Zentralgenossenschaft seien. Auf diese Mitteilung bezog sich die Bemerkung, der Verein habe sich entschlossen, gegen diese Entscheidung Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof einzulegen.

oc. Ettlingen, 11. Juni. Zu der Brandstiftung im hiesigen Lehrerseminar wird noch berichtet, daß im Reichenaal nicht allein die Reihbretter und Schränke, sondern auch die Zugänge zum Saal dicht mit Petroleum getränkt waren. Um die Wasserquelle abzuschneiden waren Kämme u. Haarbürsten auf den Wandschichten angebracht, so daß der Qualm es fast unmöglich machte, in den Reichenaal zu gelangen. Der Brandherd in dem Schlaafsaal des 3. Stockwerks wurde nur durch Zufall entdeckt. Wäre der Plan des Täters gelungen, das Lehrerseminar in Flammen aufgehen zu lassen, so wäre es

wohl kaum möglich gewesen, die 200 Menschen zu retten, die das Gebäude beherbergte.

Konstanz, 11. Juni. Die Offiziersvereinigungen der Bodenseeuferstaaten hielten hier eine Tagung ab. Vollzählig hatten sich eingefunden die Offizierkorps der Garnisonen Bregenz, Lindau, Weingarten und Konstanz, ferner die Unteroffiziersvorschule Sigmaringen, sowie der Kommandeur des Truppenübungsplatzes Heuberg. Außerdem waren fast sämtliche Regimenter der bayerischen, württembergischen und badischen Korps durch Abordnungen vertreten. Eine besondere Bedeutung erhielt das Fest durch die Anwesenheit des kommandierenden Generals des 14. Armeekorps, Fhrn. v. Hoiningen gen. Suene, sowie des Kommandeurs des österreichischen 11. Armeekorps, Generals der Kavallerie Danfl aus Innsbruck. Kurz nach 2 Uhr nachmittags fuhr das Konstanzer Offizierkorps auf dem Dampfer „Kaiser Wilhelm“ den Kameraden entgegen, die aus Friedrichshafen, Lindau und Bregenz herüberkamen. Auf der Höhe von Sagnau trafen die Schiffe zusammen, worauf sich das Konstanzer Festschiff an die Spitze setzte und die Flottille in den Hafen geleitete. Vom Hafen aus bewegte sich der Festzug durch die Stadt nach dem Stadtpark, wo sich ein lebhafte Treiben entwickelte. Nach dem Zapfenstreich um 9 Uhr abends erfolgte die Abfahrt nach dem Ufer und bald darauf kehrten die Gäste in ihre Heimat zurück.

Aus der Residenz.

* Eine Künftlertagung in Karlsruhe. Lechter Tage fand hier eine aus dem Rheinland, Hessen und Baden zahlreich besuchte Delegiertenversammlung zur Begründung eines wirtschaftlichen Verbandes der Künstler Westdeutschlands im Anschluß an die bereits bestehenden gleichen Verbände in Berlin und München statt. Diese 3 Verbände sollen dann einen Reichsverband ins Leben rufen. Die beabsichtigte Gebung der Berufsstellung und die Wahrung der künstlerischen Rechte. 1. Vorsitzender für Westdeutschland wurde Professor Me in Karlsruhe, 2. Vorsitzender Professor Körner in Frankfurt. 1. Schriftführer wurde Maler Heber in Ettlingen und 2. Schriftführer Maler Gubden in Frankfurt.

* Residenztheater. Das 3. vorgeführte Programm enthält u. a. die Premiere „Auerstellung“ nach dem Roman von Graf Leo Tolstoi.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Juni. Im Reichstag führte heute Kriegsminister von Heeringen aus: Von seiner Seite der Militärverwaltung ist mit den Atlas-Werken irgendwelche Verhandlung gepflogen worden, im Gegenteil ist sogar einmal von uns vor der Gründung derartiger Flugwerke gewarnt worden. Der Abg. Koske hat behauptet, unser Intendanturwesen hat im südwestafrikanischen Kriege völlig versagt.

Berlin, 12. Juni. Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute zunächst den § 4 an, wonach der Fiskus, wenn er neben den Grobheltern des Erlasses Erbe ist, den Grobheltern gewisse Gegenstände wie Hausgeräte, Familienbilder usw. unentgeltlich auszuliefern hat. Dann wurde die in der vorigen Sitzung ausgelegte Gesamtabstimmung über den § 1 nachgeholt und dieser Paragraph mit den beschlossenen Änderungen gegen die Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Polen angenommen.

Die Ermordung des Großwesirs Schewket Pascha.

Konstantinopel, 11. Juni. Das Pressebureau hat ein amtliches Communiqué veröffentlicht, demzufolge der Großwesir und Kriegsminister Mahmut Schewket Pascha, als er sich heute morgen zur Porte begeben wollte, auf dem Bejarzplatz an einer Strohentzweigung wegen Erbarbeiten halten lassen mußte. In diesem Augenblick gaben aus dem Publikum heraus einige unbekante Personen mehrere Revolver-schüsse gegen das Automobil ab, durch die der Großwesir schwer verwundet wurde. Er wurde ins Kriegsministerium zurückgebracht, wo er eine halbe Stunde später seinen Geist aufgab. Auch sein Adjutant, der Schiffsführer Ibrahim Bey ist von einer Kugel getroffen und getötet worden. Der Minister ist auf dem Kriegsministerium zusammengetreten. Die Behörden haben die erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen. Unter dem Verdacht einer der Mörder des Großwesirs zu sein, ist ein Mann namens Topai Tewfik verhaftet worden. Er trug zwei Revolver und mehrere Patronen bei sich. Die Polizei steht die Untersuchung fort.

Konstantinopel, 12. Juni. Nach einer Bekanntmachung des Militärregiments ist der Großwesir eine Stunde nach dem Attentat gestorben. Außer dem Verhafteten Topai Tewfik werden noch weitere Teilnehmer des Attentats gesucht, die in einem bereitgehaltenen Automobil entflohen sein sollen. Die Ruhe des Landes sei durch die Maßnahmen der Regierung gesichert. Auf die bereits bekanntgemachte Anordnung wird nochmals hingewiesen. Beim geringsten Zwischenfall soll energisch eingeschritten werden. Wahrscheinlich wird der Marineminister Mahmut Pascha zum Kriegsminister ernannt werden. Es wird bestätigt, daß ein zweiter Urheber des Attentats namens Kadri verhaftet worden ist. Hschemad Bey, ein Vetter des Besitzers des Automobils und anscheinend Teilnehmer an dem Attentat ist verhaftet worden und hat ein Geständnis abgelegt. Das Automobil ist in Tschichli bei Pera aufgefunden worden.

Berlin, 12. Juni. Die Session des preussischen Landtags wurde heute vormittag 11 Uhr mit einer vom Ministerpräsidenten Dr. von Bethmann Hollweg verlesenen Thronrede eröffnet, in welcher es heißt: Ihr Eintritt in einen neuen Abschnitt parlamentarischer Tätigkeit vollzieht sich in einer Zeit, die großen Erinnerungen geweiht ist. Mögen die idealen Kräfte, die vor einem Jahrhundert in Preußen lebendig waren und die es in fester Gemeinschaft von König und Volk aus tiefer Zerrüttung

zu ruhmvoller Aufschwung führten, auch unsere Zeit durchdringen und in uns allen wirksam werden zur Erfüllung der Pflichten der Gegenwart und der Aufgaben, welche die Zukunft bringt. Wie wir mit Stolz und Freude jener Schicksalswende unseres Volkes gedenken, so rüsten wir uns mit dankerfülltem Herzen zur Feier des Tages, der unserem allergnädigsten Kaiser und König die Vollendung einer 25 jährigen Regierungszeit bringen wird. Unter dem Schutze des von Seiner Majestät mit starker Hand gewährten Friedens sind während dieser 25 Jahre im Reich und in Preußen die wirtschaftlichen und die geistigen Güter der Nation durch die weitblickende Fürsorge des Kaisers und Königs und die rastlose Arbeit des gesamten Volkes gemehrt und gefördert worden. Mit dem Dank dafür, daß Seiner Majestät Lebensweg bisher so reich geegnet wurde, verbindet sich die Bitte, daß Gottes Gnade ihm noch lange vergönnt möge, einem treuen und vertrauenden Volke voranzuschreiten auf den Bahnen aufsteigender staatlicher Entwicklung.

Strasburg, 12. Juni. Zur Erkundung des Urhebers der Veröffentlichung der Anträge der elsässischen Regierung im „Matin“ wurde nach der „Strasburger Neuen Zeitung“ gestern der Vertreter des „Matin“, Paul Bourjon, vernommen. Er verweigerte jede Aussage und wurde einstweilen wegen Zeugnisverweigerung in eine Strafe von 30 Mark genommen und ihm ferner die Kosten des Verfahrens auferlegt. Auch der Korrespondent eines deutschen Blattes wurde längere Zeit verhört, verweigerte jedoch ebenfalls die Aussage.

St. Petersburg, 12. Juni. Serbien und Bulgarien haben das russische Schiedsgericht angenommen.

Verschiedenes.

Breslau, 10. Juni. In dem langjährigen Rechtsstreit der Bahnwärtersfrau Cäcilie Mayer aus Galizien gegen den Grafen Knieski, der jetzt in Breslau lebt, wegen der Herkunft des jungen Grafen Stanislaus, ist heute die Klägerin, die behauptet hatte, daß der junge Graf mit ihrem unehelichen Sohn identisch sei und auf Anerkennung dieser Behauptung klagte, von der II. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts kostenpflichtig abgewiesen worden.

Wien, 11. Juni. Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Justizrat Lehendeder wegen Unterschlagung resp. Veruntreuung von Mündelgeldern in Höhe von einer Viertel-million zu zwei Jahren 8 Monaten Gefängnis. Lehendeder hatte sich durch Spekulation in finanzielle Schwierigkeiten gebracht und sich infolgedessen an ihm anvertrauten Mündelgeldern vergreifen. Dann war er nach London geflüchtet, von wo er an Deutschland ausgeliefert wurde.

Wien, 10. Juni. Frau Geh. Rat v. Brünning, die Witwe des kürzlich gestorbenen Generaldirektors der k. k. Reichsanstalt, hat den Reichsanstalt ein Kapital von 100 000 M. zur Verfügung gestellt, aus dessen Zinsen bei besonderen Umständen Zuwendungen an Beamte, Aufseher und Arbeiter gemacht werden sollen.

Neustadt i. Westpr., 10. Juni. Auf der Chaussee überziehen Nowobies am hellen Tage einen Trupp Wandervogel. Ein Seminarist wurde durch einen Knüppelstoß getötet; der Täter wurde verhaftet. Drei seiner Komplizen sind ebenfalls festgenommen worden.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: R. Joseph Müller, Zimmermann. — R. Ludwig Silbernegel, Schlosser. — R. Aug. Egri, Fabrikarbeiter. — Ein Mädchen: R. Julius Nagel Kaufmann. — R. Jul. Braun, Installateur. — R. Ernst Mudenfuß, Ref.-Beizer. — R. Karl Boos, Installateur. — R. Otto Reim-schüssel, Schmied. — R. Emil Förderer, Schmied, Chemann. — Hermann Schnaiter, Blechler, Chemann. — Frieda, R. Andreas Gielwein, Blechler. — Max Jäger, Kaufmann, ledig. — Karoline Hebler, Näherin, ledig. — Elise Drauß, Dienstmädchen, ledig. — Johann Bauer, Landwirt, Witwer. — Gustav Steinmetz, Eisenarbeiter, Chemann. — August. R. Friedrich Reyerle, Bahnarbeiter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 12. Juni 1913.

Der hohe Druck im Südwesten hat sich heute auch über die britischen Inseln ausgebreitet, während die über der Ostsee gelegene Depression nach Finnland weitergezogen ist und uns noch beeinflusst. Der Witterungscharakter ist infolgedessen etwas unangünstiger geworden, indem nun nordwestliche Winde zum Einsetzen Zutritt erhalten. Bei uns herrschte gestern teilweise heiteres, mäßig kühles Wetter. Heute ist es meist trüb, in Nordwestdeutschland regnerisch und sehr kühl. Bei wolfigem, recht kühlem Wetter ist zeitweise Regen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 12. Juni, früh:

Lugano wolkenlos 20 Grad, Biarritz wolfig 17 Grad, Perpignan wolkenlos 21 Grad, Triest halbbedeckt 23 Grad, Florenz wolkenlos 21 Grad, Rom wolkenlos 18 Grad, Cagliari wolkenlos 14 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juni	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Simmel
11. Nachts 9 ^h II.	752.4	16.9	7.6	54	SWW	wolkenlos
12. Morgs. 7 ^h II.	751.7	15.0	8.3	65	W	bedeckt
12. Mittags 2 ^h II.	754.3	15.6	7.5	57	SW	„

Höchste Temperatur am 11. Juni: 21.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 13.6. Niederschlagsmenge, gemessen am 12. Juni, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 12. Juni, früh: Schusterinsel 2.21 m, gefallen 9 cm; Rehl 3.09 m, gefallen 9 cm; Magau 4.62 m, gefallen 4 cm; Mannheim 3.93 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



Wegen **baulicher Veränderung** haben

wir eine große Anzahl unserer

Stoffe im Preise

ganz bedeutend

zurückgesetzt.

Von **Donnerstag, 12. Juni** ab

Herrenanzugstoffe, Waschstoffe, Damenkleiderstoffe
Seidenstoffe, Weißwaren, Haushaltstoffe.

Es liegen außerordentlich preiswerte Waren in grosser
Qualitäts- und Farbauswahl auf. Günstige Ein-
kaufgelegenheit mit üblichem Rabatt bei Barzahlung.

Leipheimer & Mende

Spezialhaus für Stoffe Gegründet 1834 Kaiserstraße 169.

Volkschauspiel Diellingen

bei Pforzheim (Naturtheater).

Lichtenstein.

Schauspiel in 8 Bildern.

Nach Wilhelm Hauffs gleichnamiger Sage, für die Natur-
bühne Diellingen besonders bearbeitet von **Otto Eichrodt**.
Etwa 600 Mitwirkende. Prachtvolle Szenerie. Sitt-
lich getreue Kostüme. Spielzeit vom Mai bis Okt. 1913.
Alle Sonn- und Feiertage. — Anfang 2 1/2 Uhr, Ende
6 1/2 Uhr. Zuschauerraum mit ca. 3000 Plätzen vollstän-
dig gedeckt.

Preise der Plätze: **M. 3.—, 2.—, 1.50, 1.—, 0.80,**
Stehtplatz 50 Pfg.

Karten-Vorverkauf: (einschließlich Eisenbahnfahrt) bei
Adolf Schröder, Karlsruhe, Schillerstr. 31 (Tel. 3421),
ebenso bei Geschwister Moos, Kaiserstr. 96 (Tel. 1924).

Zugverbindungen: Extrazug ab Karlsruhe 12.14 Uhr
Albtalbahn, zurück halb 8 Uhr. Fahrpreis hin und
zurück M. 1.40. Pforzheim-Brötzingen 12.33, 1.32,
1.43 Uhr, zurück 7, 7.13, 8.10, 9.03 Uhr.

Textbücher 30 Pfg., Programme 10 Pfg. und An-
sichtskarten in den Vorverkaufsstellen erhältlich. — Auf
Wunsch stehen Führer nach Schluss des Spiels nach
allen Richtungen zur Verfügung. Anmeldungen an das
Theaterbureau und Kasse. E.824

Diellingen: Theaterbureau, Fernsprecher 1152.

Café Schanz, Freiburg i. B.
(zum Museum)
Restaurant □ Eigene Konditorei □ Fünfuhrtee
Selbstgezogene Weine.

Café Bauer
Nur kurzes Gastspiel des weltberühmten
Geiger-Königs
RIGO
Inhaber von Anerkennungen höchster und hoher Fürstlich-
keiten, sowie höchster Herrschaften
spielt vom 16. bis 30. Juni im Café Bauer.
Lajos Rigo ist nicht identisch mit sogenannten anderen Rigos
die sich nach ihm den Namen zugelegt haben. E.954

Turbinen für alle Gefälle und Wassermengen.
:: Größte Leistungsfähigkeit. ::
Öldruckregulatoren
für Geschwindigkeit und Wasserstand.
Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)
In den Fabriken der Firma bis jetzt 5200 Turbinen mit zusammen 2350000 PS. ausgeführt,
mehr als irgend eine andere Turbinenbaufirma, für Gefälle von 0,6 bis 930 m, darunter zahl-
reiche Anlagen für staatliche und städtische Behörden. D.921
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.

**Kneipp-Rikli-
Kuren**
unter Leitung des Spezialisten
Dr. med. Dittschheim a. Basel in
den Kuranstalten
Arche u. Lilienberg
Affoltern am Albis (Schweiz)
Pensionspreis ab M. 4.— bezw.
M. 6.— Prospekte gratis.

Verlag von Adolf Emmerling & Sohn in Heidelberg
Das badische Gemeinderecht
von **Dr. Ernst Walz**
Bürgermeister und ord. Hon.-Professor des Rechts in Heidelberg
dargestellt in Ausführungen zur Gemeindeordnung,
zum Bürgerrechtsgesetz, dem Gleichstellungsgesetz, der Städte-
ordnung und dem Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körper-
schaftsbeamte, nebst den dazu erlassenen Vollzugsverordnungen.
Sechsen erschienen:
**Zweite Lieferung (§§ 65 bis Schluß der Gemeinde-
ordnung)** Preis M. 3.50.
Die erste und zweite Lieferung (Preis zusammen M. 6.50)
enthalten somit den **vollständigen Kommentar zur Ge-
meindeordnung** und machen dadurch das Werk auch in seinem
heutigen Zustande schon für den praktischen Gebrauch, beson-
ders der Staats- und Gemeindebehörden, geeignet.
Die Schlußlieferung des Werkes wird noch im Laufe dieses
Jahres zur Ausgabe gelangen. E.979

„COLOP“
(farbiges Karbolium)
bester und billigster Anstrich für alles Holz und Mauerwerk.
Muster u. Prospekt gratis. Wiederverkäufer u. Vertreter gesucht.
E.553 **Fink & Co., Asperg 7 (Württbg.)**

Vertrauens-Posten.
Tochter aus guter Familie wünscht Engagement für
Juli oder August in seinem Militär-Effekten-, auch
Hüte- und Mähen-Geschäft, eventuell auch Pelzwaren.
Dieselbe ist der Branche kundig, da 5 Jahre in solcher
tätig. Offerten unt. **W. W. 1000, Karlsruhe, Haupt-
postlagernd.** E.956

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.
Einfuhrscheinsysteme
Kritische Betrachtung
mit besonderer Berücksichtigung der Getreideeinfuhrscheine
Von
Friedrich Bedmann
Doktor der Staatswissenschaften
(Volkswirtschaftliche Abhandlungen, Neue Folge, Heft 1)
Preis M. 2.20
Da die Arbeit erschöpfend ist, ermöglicht sie jedem, der
an den erregten Wirtschaftskämpfen unserer Zeit teil-
nimmt, dem Gegner wie dem Freunde, zu dieser viel um-
strittenen Einrichtung Stellung zu nehmen. Für den
wissenschaftlich arbeitenden Nationalökonom bedeutet
sie einen wertvollen Beitrag zur deutschen Agrar- und
Handelspolitik.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

Allgemeine Rentenanstalt
zu Stuttgart
Lebens- und Rentenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.
Wir bringen hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß wir
die durch den Tod des Herrn Wilhelm Ruhnan in Karlsruhe
erledigte Generalagentur unserer Anstalt für das Großherzog-
tum Baden dem Herrn
Karl Kaufmann, Generalagent,
mit Wirkung vom 1. Juli 1913 an übertragen haben. Bureau
bleibt vorerst Seminarstraße 5 in Karlsruhe.
Gleichzeitig teilen wir mit, daß die am 30. Juni ds. Js.
fällig werdenden Rentenkoupons bereits durch den neuen Ge-
neralagenten ausbezahlt werden. E.943.3.1
Stuttgart, im Juni 1913. **Der Vorstand.**